



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Politische Wochenschau : Preußen und Oestreich.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Politische Wochenschau.

Preußen und Oestreich.

Der Luftzug unserer Julimorgen weht die Rosenblätter vor unsere Füße, im Felde reifen die Aehren, riesige Heuwagen streuen ihre grünen Büschel in die Furchen der Feldwege und der Schnitter hämmert und weht an seiner Sense. Und in den Fabriken dampft der Schornstein heiß und eifrig, es schnurrt das Rad, die Spindel dreht sich in hastigem Tanze. Ueberall in den kleinen Kreisen unseres Lebens emsige Arbeit, Verdienst und Hoffnung. Der Arbeiter hat jetzt keine Zeit und Lust, auf seine Demagogen zu hören, und die bange Furcht der Besitzenden weicht dem Behagen an lohnender Thätigkeit. An unserem politischen Himmel aber hängen die Wolken noch dick und schwer, und vergebens sucht das Auge in den veränderlichen Luftgebilden feste Formen und einen reinigenden Luftzug. Viele Neuigkeiten hat die letzte Woche gebracht, aber Wichtiges ist uns noch nicht bekannt genug, um ein definitives Urtheil darüber auszusprechen. Deshalb sei es gestattet, mehrere solcher Einzelheiten zusammen zu fassen und einen prüfenden Blick über den Horizont zu werfen, welcher uns und unsere Schicksale einschließt.

Amerikanische Kriegsschiffe vor Lissabon, von dem armseligen Staate Forderungen einzukassiren, englische zu gleichem Zweck vor Neapel; Spanien in Hoffnung auf einen Thronerben, und durch eine kräftige Regierung und verständige Zollgesetzgebung in langsamer Genesung von seinen alten Fieberschauern; Italien durch die Zwiste der päpstlichen Regierung mit Sardinien, das brutale Aufgeben der constitutionellen Formen in Neapel, die sichern Fortschritte der Oestreicher und eine höchst radikale Volkspartei in seinem Auflösungsprozeß immer weiter schreitend; die Türkei trotz der triumphirenden Rundreise des Sultans durch russische Agenten und rohe Unbändigkeit der einzelnen Provinzen in krampfhaften Zuckungen, das ist der Eindruck, den die südlichen Halbinseln des europäischen Continents machen. Das  
Grenzboten. III. 1850.

die Zeit großer politischer Aufregungen die Schwachen schwächer, die Starken größer macht, zeigt sich auch im Leben dieser Staaten; in Portugal, Italien und der Türkei, wie in dem kleinen Griechenland ein Siechthum, welches nach menschlichem Urtheil unheilbar scheint. In Frankreich ist die Dotationsfrage mit mürrischer Nachgiebigkeit von Seiten des Präsidenten wie der Nationalversammlung ausgeglichen worden, die Haltung beider Theile zeigte von geringem Selbstvertrauen, aber großem Uebermaß von Schwäche. Unterdeß ist Paris wieder voll von Fremden, namentlich Engländern, und der Pariser amüsiert sich und macht Geschäfte wie ein Mensch, der sich gewöhnt hat, auf einem Vulkan zu wohnen. Daß ein solcher Zustand der totalen Unsicherheit mehr demoralisirt, als irgend eine große politische Aufregung, haben auch wir in der letzten Zeit erfahren. In England aber wurde die Freude über den Sieg des Ministeriums im Unterhause plötzlich unterbrochen durch die ernste Trauer über den Tod Robert Peel's. Alle Parteien waren beflissen, dieß wichtige Ereigniß als ein Nationalunglück darzustellen; Reden im Ober- und Unterhaus, die Läden der City geschlossen, die Schiffe der Themse unter Trauerflagge. Was ein großer englischer Staatsmann zu bedeuten hat, merken auch die Gleichgültigen, sobald er stirbt; es zieht dann wie ein Trauertou durch die Luft über die ganze Erde.

Und Deutschland? Alles Interesse, aller Eifer concentrirt sich in einem wichtigen Ereigniß: Der Friede zwischen Preußen und Dänemark ist am 2. Juli unterzeichnet worden. Noch ist der offizielle Text nicht publicirt, wir theilen seinen Inhalt mit, so weit ihn die deutsche Reform giebt: „Preußen hat im Namen des Bundes, gestützt auf die allgemeine Vollmacht desselben, einen einfachen Frieden mit Dänemark unterzeichnet, unter Vorbehalt der Ratification der einzelnen Bundesregierungen und seiner eigenen, innerhalb einer Frist von drei Wochen. Unter der gegenseitigen Versicherung: Alles zu vermeiden, was den Frieden stören könnte, treten alle Verträge wieder in Kraft, welche vor dem Kriege bestanden haben, und die Contrahenten verwahren sich ausdrücklich alle Rechte, welche ihnen gegenseitig vor demselben zustanden. Durch eine besondere Declaration zu Protokoll geschieht Dies für Deutschland noch mit specieller Hinweisung auf den Bundesbeschluß vom 17. Sept. 1846. Nach dem Friedensschluß kann und muß der König von Dänemark als Herzog von Holstein die Intervention des Bundes in diesem Herzogthum für den Fall anrufen, daß er selbst die Ausübung seiner legitimen Autorität in Holstein nicht im Wege der Verständigung wiederherstellen kann und also mit den Waffen in der Hand in einem Bundeslande auftreten will. Er theilt dann gleichzeitig seine Pläne über die Pacification des Landes mit. Der Bund entscheidet, ob nach dem Bundesrecht, nach Maßgabe des Antrags und der dänischen Intentionen, er mit seiner vollen Competenz selbst einzuschreiten hat oder die streitige Angelegenheit vorderhand der eigenen Entwicklung überlassen will. Dieser Entwicklung freien Lauf lassen, heißt nichts Anderes, als die Her-

stellung der Autoritätsübung des Landesherrn einerseits diesem, die Vertheidigung der streitigen Landesrechte anderseits dem Lande anheimgeben. Hierbei ist zu bemerken, daß die legitime Autorität des Landesherrn an sich weder von den Herzogthümern noch von Deutschland jemals in Frage gestellt ist, die Ausübung derselben während des Kriegszustandes aber suspendirt war. Die Modalitäten dieser Ausübung zu regeln, machen jetzt der König Herzog und das Land einen selbständigen Versuch. Der Friedensvertrag läßt also dem Bunde alle die Alternativen offen, die ihm bisher geboten waren. Sobald bei der Selbstentwicklung der Angelegenheit in den Herzogthümern mittelbare oder unmittelbare Rechte des Bundes affectirt werden, tritt er als Selbstinteressent sogleich wieder in der Sache auf. Ohne vorgängige Prüfung seinerseits dürfen keine Rechtszustände aus dem Streite hervorgehen und seine Anerkennung nie stillschweigend vorausgesetzt werden, da die Basis des Friedens die gegenseitige Rechtsverwahrung ist. Eine letzte Bestimmung des Friedensvertrags setzt für die Regelung der Grenzen zwischen dem Bunde und Dänemark eine Commission fest, die nach sechs Monaten zusammentreten soll. Außer dem Friedensvertrag und der dazu gehörigen Declaration der deutschen Rechte, von dem wir oben sprachen, erforderte die Abwicklung der aus der Waffenstillstandsconvention hervorgegangenen Besatzungsverhältnisse Verabredungen zwischen Preußen und Dänemark. Sie sind in einem Protocoll niedergelegt, welches allen denjenigen Regierungen mitgetheilt wird, die dem Waffenstillstand formell adhärirten.

Preußen zieht in 11 Tagen seine Truppen aus dem südlichen Schleswig, 11 Tage später aus Holstein, die Dänen dürfen die Demarkationslinie nicht eher überschreiten, bis die Preußen das Herzogthum Schleswig geräumt haben.

Das ist kein ruhmvoller Frieden, aber auch kein Frieden, der Preußen Unehre bringt. Den Rechten der Herzogthümer ist nichts vergeben, sie sind vielmehr von Preußen aufs Neue anerkannt worden, die Bundesrechte Deutschlands an Holstein, und das Entscheidungsrecht der Bundesstaaten in der Differenz zwischen Holstein und Dänemark sind gewahrt. Die Herzogthümer und Dänemark sollen zuerst versuchen, unter einander den Streit zu schlichten, ob durch Krieg, ob durch Vertrag; das Feststehen auf den Bundesverhältnissen Holsteins und Dänemarks schließt vorläufig implicite fremde Intervention aus, und ist für die nächste Zeit ein Vortheil; welches Verfahren die deutschen Regierungen als Bund (welcher factisch nicht existirt) in der Zukunft einschlagen werden, ist freilich nicht voraus zu sagen; doch läßt sich annehmen, das Cabinet Schwarzenberg und die vier Königreiche werden gern diese Gelegenheit benutzen, sich in Deutschland ein volksthümliches Ansehen und Popularität zu verschaffen, zumal sie Aussicht haben, durch Beschlüsse, Phrasen und Nichtsthun, ohne weitere Anstrengung den Herzogthümern einen Dienst zu leisten, und Preußen in der öffentlichen Meinung noch mehr in den Schatten zu stellen, Preußen, welches sich am thätig-

sten und ehrlichsten gegen die Herzogthümer gerirt hat, und in seinem guten Willen, ihnen zu helfen, nur an Hindernissen gescheitert ist, welche es zu bestiegen nicht stark genug war. Es ist kein Frieden, der Preußen Unehre bringt, ja er ist besser, als wir nach den bestehenden Verhältnissen zu hoffen wagten. Nicht die Erbitterung der Dänen gegen seine Paragraphen beweist dies, sondern ein Blick auf die Situation der Herzogthümer. Sie standen mit Preußen allein gegen Dänemark, Rußland, England, und so lange Preußen die Hand über ihnen hielt, auch gegen Oestreich und seine Partei. Nicolaus hatte seit dem Herbst 48 für Dänemark lebhaft Partei genommen, im Winter von 48 waren deßhalb seine Beziehungen zu Preußen sehr kühl, im Sommer 49 während dem Feldzug unter Prittwitz war sein Auftreten drohend geworden, und fast jedes Vorrücken der Preußen mußte das Berliner Cabinet mit einem kalten Warnungsruf von Rußland bezahlen. Wenn Preußen im Frühjahr 49, damals als seinem König die Kaiserkrone angetragen wurde, großes Spiel spielte, mit Rußland, Oestreich, vielleicht auch mit Frankreich brach, und sich den Ungarn verband; wenn es damals zum Aeußersten entschlossen, den Kampf gegen die conservativen Staaten unternahm, selbst geschwächt durch die Revolution von 48, fast nur auf seinen eigenen Conservativen ruhend, in tödtlicher Feindschaft mit allen Kabinetten und Dynastien und auf der andern Seite wieder im Kampf mit dem Fluch des Jahres 48, der radikalen Demokratie; wenn es unter solchen Verhältnissen mit einem genialen Fürsten Alles, seine eigene Existenz und die Existenz Deutschlands für ein großes Prinzip hätte einsetzen wollen, damals, nur damals konnte es viel mehr für die Herzogthümer thun. Seit der Zeit, bei anderer Politik und geringerer Kühnheit wenig mehr, als es gethan hat. Im Sommer, im Herbst des vorigen Jahres, in diesem Frühjahr vollends, war es durch 800,000 unbeschäftigte Russen und 500,000 Oestreicher, durch den klagenden Schrei nach Frieden, der aus seinem Ostseegebiete erscholl, gefesselt. Und wohl war zu besorgen, daß die preußische Regierung auf Kosten der Herzogthümer einen schlechten Frieden schließen werde, dessen Verzögerung ihm in Deutschland selbst die Hände band. Die Herzogthümer hatten keinen Freund unter den einflußreichen Mächten Europa's, ihre gerchten Forderungen wurden von allen Kabinetten, als den europäischen Frieden störende Präensionen, oder als rebellisches Auflehnen gegen ihren Souverain betrachtet. War das nicht so? Und war es nicht Preußen allein, welches wieder in diesen Verhandlungen ihre Ansprüche, den Mannstamm der Erbfolge und die Untheilbarkeit vertrat? Und diese Forderungen der Herzogthümer hat es vertreten mit einer Energie und einer persönlichen Entschlossenheit seines Regenten, die wir bei andern Gelegenheiten mit Schmerz vergebens ersehnt haben. Eine spätere Zeit wird auch darüber schriftliche Beweise bringen, vorläufig haben wir keinen Grund, an dem zu zweifeln, was von zuverlässigem Munde aus der Umgebung der preußischen Fürsten in das Publikum gekommen ist.

Rußland hatte an Preußen die drohende Forderung gestellt, es solle mit Dänemark Frieden schließen und die Herzogthümer zur Ordnung zwingen helfen; es hatte mit seiner Intervention und einem Arrangement der Angelegenheit durch die auswärtigen Mächte gedroht, für welches die Unterhandlungen in London bereits so im Gange waren, daß Preußens definitiver Beitritt vorausgesetzt wurde. Da wurde in Berlin die Reise des Prinzen von Preußen nach Warschau beschlossen, und seine Abschiedsconferenz mit dem König war eine Scene auch von persönlicher Bewegung. „Sage ihm,“ soll der Fürst dem scheidenden Bruder gesagt haben, „daß ich zum Neuesten entschlossen bin. Meine Ehre ist verpfändet, ich werde die Herzogthümer nicht verrathen, und bestehen die Gegner auf ihrer Forderung, so will ich und Preußen lieber untergehen, als falsch und treulos handeln.“ Mit diesem Entschluß reiste der Prinz nach Warschau und Petersburg, und seiner festen Erklärung gelang es, den Kaiser von einem direkten feindlichen Auftreten abzubringen und endlich die Zusicherung zu erhalten, daß er, der Agnat, Dänemark und die Herzogthümer ihrem eigenen Schicksal frei überlassen wolle. Er instruirte in diesem Sinne seine Gesandten und darauf ward erst der Friede möglich, dessen Bedingungen Dänemark mit Trotz zurückgewiesen hatte, so lange von ihm eine direkte Einmischung Rußlands zu hoffen war.

Die deutsche Presse hat bis jetzt fast allgemein sehr wegwerfend über den Frieden gesprochen und behauptet, daß Preußen durch ihn sich völlig discreditirt habe. Diese Behauptung wäre unbegreiflich und unverzeihlich, wenn man nicht berücksichtigen müßte, daß die Trauer und der Aerger über den Mangel großer Resultate in einer Herzensangelegenheit unseres Volkes das Urtheil der Schreibenden überstürzt hätte. Es ist aber die Pflicht von Allen, welche ein Urtheil abgeben über dies ernste Fakt, mit leidenschaftsloser Ruhe die gegenwärtigen Verhältnisse der europäischen Staaten zu betrachten. — Preußen hat für die Herzogthümer Alles gethan, was es jetzt thun konnte.

Von den Herzogthümern aber hat Preußen allerdings Dank verdient, einen fühlen Dank, wie wir ihn dem ehrlichen Mann schuldig sind, der den guten Willen hat, uns aus einer Gefahr zu helfen, aber nicht ebenso die Macht. Sie gehen einer schweren Zeit entgegen, aber, wie auch der Krieg sich entscheide, ihre Rechte können ihnen nicht mehr genommen werden. Selbst wenn das Traurigste, was wir nicht fürchten, geschieht, und dänisches Geküst über gutes deutsches Recht den Sieg davon trüge, die Eroberung, der Zwang des Krieges hebt die Rechte dieses Volkes nicht mehr auf. Sie sind in dem Friedensschluß Preußens reservirt, sie sind durch die letzten Jahre eine nationale deutsche Forderung geworden, und jetzt oder später, einmal kommt die Stunde, wo sie durchgesetzt werden. Uns aber, den Einzelnen, ist bei dem bevorstehenden Kampf eines Brudervolkes Recht und Pflicht, nach unserer Kraft die Allerniedrigsten zu stützen, durch die Feder, durch unser Vermögen und so weit sie es begehren, durch unsere Glieder.

Unterdeß geht Oestreich seinen Weg neben drohenden Abgründen ruhig weiter. Nach außen bemüht, die Union zu vernichten, nach innen in eifriger, nicht immer glücklicher Arbeit sich zu verjüngen. Das gegenwärtige Ministerium durch sein schlechtes Princip in eine gefährliche Bahn hineingetrieben, macht alle die Stadien durch, welche sich ihm seit vorigem Herbst voraussagen ließen: Kampf mit den Generälen, den Prätorianern in den pacificirten Provinzen, welche fast den ganzen Kaiserstaat ausmachen; Befiegung der Militärgewalt; unumschränkte Herrschaft seiner Bureaukraten, und endlich eine ministerielle Katastrophe durch die finanzielle Fäulniß im Staatskörper.

Die stolzen Pairs von Frankreich wallfahrten nach dem kleinen östreichischen Städtchen Frohsdorf, um dort der geduldeten Majestät von Chambord den legitimen Weihrauch zu streuen, und die Goldgrafen von Albion beeilen sich in einem parlamentarischen Gefecht gegen den eifrigen Palmerston dem armen Oestreich ihre Huldigung darzubringen. Natürlich mußte diese Rehabilitation Oestreichs im Auslande auch auf die innern Angelegenheiten des Kaiserstaats von Einfluß sein, und wir sehen verwundert das Ministerium Schwarzenberg mit einer Energie auftreten, die ihm vor Kurzem von niemandem zugemuthet worden wäre.

Vor einigen Tagen brachte die Reichszeitung einen Protest der östreichischen Regierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil er sich erdreistet hatte, darzuthun, daß er die Unabhängigkeit Ungarns im Falle eines Sieges der Insurgenten anerkannt hätte; und heute trifft die telegraphische Depesche aus Wien bei uns ein: „General Haynau ist wegen Nichtbefolgung kaiserlicher Befehle seines Commandos und seiner Vollmachten enthoben worden.“ Ja es mußte so kommen. Das Blatt hat sich gewendet; das unterthänigst gehorsamste Ministerium geht aus dem Kampfe mit der allmächtigen Soldateska sehr siegreich hervor, man wird bei Haynau nicht stehen bleiben, sondern Welden und Consorten werden folgen, ja selbst die souveränen Leibadjutanten der Majestät stehen auf wankendem Grund.

Der Sieg des Ministeriums Schwarzenberg scheint ein großer und vollständiger und doch ist derselbe in seinen Resultaten bedenklich. Die östreichische Regierung kämpft im Auslande wie im Inlande auf feindlichem Boden, und wie der Eroberer nach jedem Siege sein Heer durch Besatzungen, welche er in dem occupirten Terrain zurückgelassen, schwächt, bis es endlich der concentrirten Macht des Feindes unterliegen muß, so kostet Schwarzenberg jede Spanne Boden, die er in Deutschland gewinnt, ein Stück von der octroyirten Charte, und wenn einst Preußen wieder die ihm gebotene Stellung in Deutschland einnimmt und die Restauration von 1815 über den Haufen wirft, wird der Fürst mit Bewunderung wahrnehmen, daß er nicht nur Deutschland verloren, sondern auch von den 123 Paragraphen von Olmütz nur einen kleinen unbedeutenden Rest in seiner Hand behalten hat. Wichtiger als die errungenen Vortheile in Deutschland ist der Sieg über

die Soldateska. Mit Säbelpatenten und den grün bebuschten Rebellentödttern im Vordergrund ließ sich zwar nicht immer in Ehren, aber doch mit Kraft und einiger Sicherheit regieren, und der Philosoph Welken hat schon längst gesagt: „Die Herren Minister gebrauchen uns nur als Bligableiter.“ Aber jetzt, wenn die Regierungsgewalt ungeheilt in die Hände der Civilverwaltung fällt, soll auch der Belagerungszustand seinem Ende zugeführt, dann sollen constitutionelle Formen beobachtet, die Landtage und endlich gar der Reichstag berufen werden, und diese an und für sich unschuldigen Dinge werden selbst diesem Ministerium Verlegenheiten bereiten, welches sich nicht durch Blödigkeit auszeichnet.

Man ist geneigt, den Sieg des Ministeriums dem Einfluß der in Wien versammelten Vertrauensmänner zuzuschreiben, die ihre Theilnahme an der Constituirung der Kronländer verweigert haben sollen, so lange die Generale allmächtig und die Maßregeln der Regierung illusorisch sind. Das ist von den italienischen, aber nicht von den ungarischen Vertrauensmännern zu glauben. Die Lombarden und Venetianer haben von Oestreich nie etwas für ihre Nationalität, ihr Bestehen als italienischer Volksstamm gefürchtet, denn sie wohnen unvermischt auf ihrem Territorium, und an ihren Grenzmarken noch Millionen ihrer Brüder bis an die Alpen und das Cap Passaro. Der Haß gegen die Herrschaft der Tadeschi ist ein alter, aus den Zeiten der hohenstaufischen Kaiser auf sie vererbter, und da sich ihnen diese Herrschaft in alter wie in neuerer Zeit meist durch Soldatenhaufen manifestirte, so werden sie die Aufhebung der Soldatenherrschaft als eine respectable Concession betrachten. Ganz anders in Ungarn. Das ungarische Volk bildet eine vereinzelte Insel in dem großen Ocean der Völkerstämme. Der Spruch: „extra Hungariam non est vita“ ist keine patriotische Phrase, sondern eine ernste Wahrheit, denn außer Ungarn kann der Ungar nirgends sein Vaterland finden. Haynau hat ihm seine Helden geschlachtet, aber er hat sich wenig mit Politik und am allerwenigsten mit der Schwarzenbergischen Centralisation befaßt; die Bestrebungen, das Land zu einer Provinz, und seine Einwohner deutsch oder slavisch zu machen, sind von dem Bureau ausgegangen, die Beamten, die diese Maßregeln ausführen sollen, sind von dem Ministerium entsendet worden, und die Schwierigkeiten, die diesen von den Generalen in den Weg gelegt wurden, dienten dem Lande einigermaßen zur Genugthuung. Als Beweis für diese Ansicht brauchen wir nur die bekannte Brochüre von Fiedényi anzuführen, die von der Partei der ungarischen Vertrauensmänner ausging, und die, nicht aus Furcht, sondern aus Prinzip den Obercommandanten schonte, während sie der Regierung die Verkehrtheit ihrer Maßregeln zu beweisen suchte. Und so fiel Haynau, als er auf eigne Faust human gehandelt hatte.

Das Niederreißen der ungarischen Zollschranken ist ein anderes Zeichen von Energie der Regierung und wenn man den Gerüchten glauben darf, so soll die

Schwierigkeit, welche die offengebliebene Frage des Tabakmonopols zu bieten schien bereits gehoben sein, da die Einführung des Tabakmonopols in Ungarn und seinen früheren Nebenländern bereits im Ministerium beschlossen sei; aber eben diese Maßregel, so maßgebend und bedeutungsvoll sie auch für die Centralisation des Kaiserstaats erscheint, wird die Sympathie für die Regierung in Ungarn nichts weniger als vermehren. Zwar der Freihandel zwischen Ungarn und den übrigen Kronländern bringt für die in den fruchtbaren Ebenen wohnenden Magyaren und Deutschen bedeutende Vortheile, da sich ihren Producten neue und ungehemmte Canäle öffnen werden, aber schon die armen Nordslaven, die nichts oder nur wenig nach Oestreich auszuführen haben, und bis jetzt von ihrer schwachen Industrie lebten, sehen jetzt einer furchtbaren Concurrnz mit den großen Fabriken Böhmens und Mährens entgegen, und manches Spinnrad in den Comitaten Arva, Thuroz, Liptau, Zips und Saros, welches seinem Besitzer Brod und Wein aus dem feisten Magyarenlande erschnurte, wird nach dem 1. October verstummen müssen. Das Tabakmonopol dagegen wird zwar nur die rebellischen Magyaren treffen, aber diese Maßregel ist Ungarn so verhaßt, daß sich der größte Widerstand erwarten läßt. Schon als die Metternichsche Regierung im Jahre 1847 das Tabakmonopol durch Errichtung von kaiserlichen Trafiken anbahnen wollte, erhob sich ein allgemeiner Sturm im ganzen Lande, und sehr treffend sagte ein Redner im Pesther Comitats-hause: „Möge die östr. Regierung uns unsere alte Hundshaut\*) nehmen. Das Volk, das keinen Theil an derselben hat, wird mit Achselzucken zusehen; möge sie dem Ungarn sein liebstes, sein Pferd nehmen, er wird seinen Schnurbart maltrairten, einen Fluch in den Bart brumen, aber er wird keine Revolution machen; nur seine Pfeife soll sie ihm nicht anrühren, sonst macht sie ihn zum Teufel.

Fruchtloser Lärm! Das Ministerium hat den Besieger der Magyaren niedergeworfen, es wird auch die ungarische Tabakstaude niederwerfen, bis es endlich selbst geworfen werden wird durch einen Regen kleiner, leichter, schmutziger, werthloser Papierschnitzel, welche jetzt von seinem Tische so weiß und leicht in die Kassen der Besitzenden herniederflattern.

---

\*) Das Pergament der Verfassung.